

Bezugspreis:

Stückpreis 7,50 M., monatlich 2,00 M., ...

Dr. Borowits' erstem monatlich ...

Telegraphische Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Sonntag, den 1. März 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Ein Kompromiß in München.

Verfassungsprovisorium.

München, 28. Februar. In der heutigen Nachmittags- ...

Dagegen wurde ein Antrag ...

München, 28. Februar. Nach einer Mitteilung der ...

„Schützen!“ Zwei Abgeordnete wandten sich darauf an ...

Das geht uns nichts an.“

Einem anderen späteren Abgeordneten, der dem Mörder ...

Das Mörderkomplott der „revolutionären Arbeiterräte“ ...

Der Skandal stinkt zum Himmel. Jetzt schützen den ...

Der Generalstreik in Braunschweig gescheitert.

Das Doppelspiel der Unabhängigen.

Braunschweig, 1. März. (Eigener Drahtbericht ...)

Auch heute herrscht hier noch vollständige Ruhe. ...

Auch die Regierung berät gegenwärtig über die ...

Generalstreik. Ein neues Mittelstück ließ heute einen ...

Der Kampf um die Verfassung.

Demokratie und Arbeiterräte.

Während in Weimar über die Verfassung noch geredet ...

Die Sozialdemokratische Partei verteidigt ihrem Pro- ...

Dazu bedarf es aber vor allem einer festen Grund- ...

Dem Gedanken, daß die Vertretung der Arbeiterschaft ...

Einen Versuch, den Einfluß der Arbeiterklasse auf die ...

Der Rätegedanke muß auf dem Boden der Demokratie ...

Die Aufgaben der Kammer der Arbeit sind: ...

Die Aufgaben der Kammer der Arbeit sind: ...

Die Wahrheit ans Licht.

Wie der Attentäter auf Auer entweichen konnte!

Zur Ergänzung unserer Mitteilung wird uns noch ...

In der Pause während der Besetzung des Landtags ...

Der Kaiser-Sindner bog sich nach der Tat nicht etwa ...

Berner bilden die Arbeiterräte die Vertretung der Arbeiter für die Fragen der Produktion in den Arbeitergemeinschaften, die für alle Gewerke errichtet werden müssen. Die bisher errichteten Arbeiterräte, in denen die Arbeitgeberverbände mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten, sind Vertretungen zur Regelung der Berufsfragen. Sie müssen nun auch zu Vertretungen der Produktion werden, die von den Unternehmern und Arbeitern gemeinsam getragen werden. Die Arbeiter werden hierbei durch die Arbeiterräte vertreten. Die Arbeiterräte sind die Unterbau der Sozialisierung.

Dieser Vorschlag kam nicht zur Abstimmung, weil er über den Rahmen der Tagesordnung hinausging, er soll von einer Kommission beraten werden, die über den Ausbau des Ratesystems Vorschläge erstatten soll.

Der Vorschlag Kollitsch hat den großen Nachteil, daß er ein Zweikammernsystem vorschlägt, das sich bei Beibehaltung des Staatshauses zu einem Dreikammernsystem entwickeln würde. Ein solches Mehrkammernsystem bedeutet eine endlose Verschleppung der Gesetzgebung sowie einen Verstoß gegen den Grundsatz, daß der allgemeine Volkswille die einzige Quelle öffentlichen Rechts ist. Wir bleiben daher grundsätzlich Anhänger des Einkammernsystems und sind der Überzeugung, daß diese eine nennenswerte und ganzen Volk nach allgemeinem, gleichem, direktem und geheime Wahlrecht gewählt werden muß.

Einem glücklichen Ausweg aus diesen Schwierigkeiten bietet aber vielleicht der Satz des sozialistischen Vorschlags: „Beide Kammern haben das Recht, ein Referendum vorzuschlagen.“ Das Recht des Referendums, der allgemeinen Volksabstimmung über einen bestimmten Gesetzesvorschlag, entspricht durchaus den demokratischen Grundgedanken und ebenso entspricht es ihnen, daß Volksteile von einem bestimmten Voranschlag eine Volksabstimmung zu verlangen. In der Schweiz werden Gesetze der Volksabstimmung unterbreitet, wenn 30 000 Volksgenossen dies mit ihrer Unterschrift fordern. Arbeiterräte oder Arbeiterkongresse werden, wenn sie ordentlich gewählt sind, immer einen sehr erheblichen Bruchteil der Bevölkerung hinter sich haben und als dessen ordnungsmäßige Vertretung anzusehen sein. Es ist daher vom demokratischen Standpunkt aus nicht dagegen einzutreten, daß einer geordneten Vertretung der Arbeiterschaft das Recht des Referendums einräumt wird. Das wäre möglich im Rahmen einer allgemeinen Ordnung des Volksabstimmungswesens, die das gleiche Recht aller Volksgenossen sorgfältig wahr.

Auf diese Weise wäre den Arbeiterräten alles gegeben, was sie ohne Vergewaltigung der Demokratie erhalten können, und dieses alles ist sehr viel. Denn durch diese Ordnung des öffentlich-rechtlichen Einflusses der Arbeiterräte würde die Entfaltung ihrer wirtschaftlichen Funktionen nicht berührt. Im Rahmen der Gesetze, auf die sie durch das Recht des Referendums einen weitgehenden Einfluß ausüben, würden sich die Arbeiterräte bei der Neuordnung der Produktionsverhältnisse zu betätigen haben. Soll das alles möglich werden, dann darf es nicht noch ein zweites Mal vorkommen, daß z. B. Schornsteinfeger und Bibliothekangestellte gemeinsam einen Arbeiterrat wählen. Die Räte müssen sich nach Produktionszweigen sammeln und ordnen, erst dann können sie Fragen der Sozialisierung praktisch in Angriff nehmen, wobei ihnen die von den Gewerkschaften geleistete Vorarbeit sehr zufließen kann.

Die Gewerkschaften sind nicht tot. Sie haben eben jetzt den imponierenden Gesamtstand von drei Millionen Mitgliedern erreicht, die Revolution hat ihre Reihen nicht gelichtet, sondern neu aufgefüllt. Auch das ist ein Zug in der Arbeiterkraft, der wohl beachtet zu werden verdient.

Eine rasche Lösung dieser Probleme ist notwendig, und auch in Weimar wird man sich dieser Notwendigkeit nicht entziehen können. Nur so ist es möglich, zu verhindern, daß die Verwirrungspyraide: „Alle Macht den A. und S. Räten!“ in Arbeiterköpfen weiteren Schäden anrichtet. Wir

logten nicht „Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten“, sondern als gute Sozialdemokraten logten wir: „Alle Macht dem ganzen Volke!“ Und das heißt im Grunde gar nichts anderes, als „Alle Macht den Arbeitern“, weil eben das ganze Volk in seiner überwiegenden Mehrheit aus Arbeitern besteht.

Heitere Zustände.

Notfschrei eines Soldatenratsvorsitzenden.

Im „Ingolstädter Tageblatt“ ist auf der ersten Seite unter den amtlichen Nachrichten folgender Notfschrei zu lesen:

Dringende Bitte!

Alle diejenigen, die sich unter Freiheit und Recht — Plünderung, Raub und Mord vorstellen — bitte ich herzlich, davon Abstand nehmen zu wollen, mich in meiner Wohnung weiterhin zu belästigen.

Nicht aus Furcht richte ich die Bitte an Euch, sondern deshalb, weil ich als Sozialdemokrat immer noch Mensch bin und Mitgefühl mit den alten und kranken Leuten, welche in gleichen Hause wohnen, besitze. Ich gebe Euch hiermit schriftlich die Erklärung, daß ich jederzeit bereit bin, Euch offen gegenüberzutreten, wenn Ihr den Mut besitzt, mich dazu aufzufordern. Nur Menschen, die sich offen ihrem Gegner gegenüberzutreten getrauen, sind zu adäquater, freigelegter und weidmütiger Verbarmung fähig.

Zugleich möchte ich Euch darauf aufmerksam machen, daß ich die nächsten Tage dienstlich verhindert bin, hier zu sein, insofern ich wäre es auch „unmenslich und unmoralisch“, die Bewohner des Hauses umsonst zu belästigen und zu ängstigen. Wenn ich wiederkomme, ist Euch ja früher bekannt als mir selbst.

Hr. Roth

Vorsitzender des Aktionsausschusses der drei sozialistischen Parteien und Vorsitzender des Volk-Aussch. des Garnisonortes Ingolstadt.

Auf derselben Seite findet man einige amtliche Bekanntmachungen, die von Roth mitunterschiedet sind und welche die Traverse für kurz Eider regeln. Der Tag der Beisehung wird als gesetzlicher Feiertag erklärt. Außerdem wird Hoff von den Terroristen in seiner Wohnung bedroht. Heitere Zustände!

Der Generalstreik in Leipzig.

Stillstand allen Handels und Verkehrs. — Der Bürgerstreik. — Die Forderung der Streikenden. — Exerzitien mit Kanonen.

Leipzig, 1. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Lage in Leipzig ist noch unverändert und wird immer unbehaltbarer. Die Streikbewegung gegen die Regierung, Schreiber, Mann hätte ohne den Bürgerstreik nie ihre gekrümmte Bedeutung erlangen können. Handel und Verkehr ruhen vollständig, nur der Post- und Fernsprechtsverkehr funktioniert. Der Eisenbahnverkehr ist fast gänzlich zum Stillstand gekommen. Auf einigen fährlichen Linien fahren noch unregelmäßig ein paar Abte bis auf 15 Kilometer an Leipzig heran, von wo dann die Reisenden den Rest des Weges zu Fuß zurücklegen müssen. Die auswärtige Brief- und Zeitungspost trifft nur zweifeln und immer mit mehrstündiger Verspätung ein. Sämtliche Zeitungen sind am Erscheinen verhindert, da auch in den Verlagsanstalten und im Vertriebsdienst gestreikt wird, so daß es an Licht und Kraft fehlt. Nur die „Leipziger Volkszeitung“ konnte bisher auch am gestrigen Abend wieder erscheinen, da sie von langer Hand her eine alte eigene Stromerzeugungsanlage rechtzeitig instandsetzen ließ und sich ihr Personal nicht am Streik beteiligte.

Auch in den staatlichen und städtischen Büros ruht der Betrieb. Die Ausgabe der Nahrungsmittelkarten ist eingestellt, ebenso fast völlig der Nahrungsmittelverkauf. Von einer Zufuhr ist keine Rede mehr. Die Väterinnung wickelt auf ihre Mitglieder ein, das Brotbacken zu unterlassen. Die Gewerkschaften werden nicht abgelenkt, sie bleiben verläßlich ohne Unterbrechung. Aus den Krankenhäusern sind zahlreiche Kranke entlassen, neue Kranke, darunter auch Schwerkranken, von der Aufnahme zurückgewiesen worden.

Die Apotheken sind geschlossen, zahlreiche Bezüge verweigern auch in schweren Fällen Hilfeleistung. Die Angehörigen der großen Leipziger Krankenkasse traten am Donnerstag mittig zum Teil in den sozialistischen Generalstreik, zum anderen Teil in den bürgerlichen Abwehrstreik, so daß auch dort der ganze Betrieb stilllag. Die Geschäfte wurden für den Monat März bereits am 27./28. Februar im voraus an die Streikenden gestellt. Angesichts der heute fälligen Krankengeldzahlung an 7000 Arbeitsfähige ist heute die Arbeit in der Krankenkasse aufgesummen worden, nachdem gestern der Arbeiter- und Soldatenrat die Ersetzung der Streikenden durch Stellungslose Handlungsgelitten angebrocht hatte.

Im übrigen schürt die „Leipziger Volkszeitung“ den Streik mit allen Mitteln der Verhöhnung und fordert zur Fortsetzung so lange auf, bis folgende Forderungen erfüllt sind:

1. Die Betriebskontrolle der Arbeiterräte als Vorbereitung der Sozialisierung;
2. Anerkennung und gesetzliche Verankerung der Arbeiter- und Soldatenräte;
3. Freilassung der von der Weissen Garde Verhafteten;
4. Rücktritt der bürgerlich-rechtssozialistischen Regierung.

Der Leipziger Arbeiter- und Soldatenrat, der das Generalstreikmandat des 13. Armeekorps völlig beherrscht, will auch vor blutiger Gewalt nicht zurückweichen. Schon seit Wochen erfolgen Exerzitien mit Kanonen und Maschinengewehren, neuerdings wird auch das Aufschütten von Schützengraben geübt.

Es ist jetzt konnten alle ersten Ersatzklassen vermieden werden, doch drängt die ganze Lage der Lösung so oder so zu. Bei der in der letzten Nacht herrschenden absoluten Finsternis hatten natürlich die Einbrecher freie Bahn für ihr lichtschupes Gewerbe.

Leipzig, 1. März. Nach einer Mitteilung des Leipziger Arbeiter- und Soldatenrats haben die für gestern nachmittags in Halle zwischen dem Reichsarbeitsminister Bauer und Vertretern der Streikenden zur Beilegung des Generalstreiks in Aussicht genommenen Verhandlungen nicht stattfinden können, da kein Vertreter der Regierung erschienen sei. Der Generalstreik dauert auch heute unvermindert fort. Einer Meldung aus Apolda zufolge sind dort zahlreiche Regierungstruppen, Infanterie und Artillerie, in der Richtung auf Raumburg durchmarschiert. Die Mitteilung, wonach der Bürgerstreik in Leipzig als gescheitert anzusehen sei und am Montag die Arbeit wieder aufgenommen werden würde, ist nach Mitteilung des Bürgerausschusses vollkommen unzutreffend. In eine Wiederaufnahme der Arbeit vor Beendigung des Generalstreiks der Arbeiter werde nicht gedacht.

Der Krieg mit den Bolschewisten.

Ribon, 28. Februar. Frontbericht. Eine Patrouille stieß bei Bahnhof Kurawjowo vor und stellte eine Besatzung von 60 Gewehren und sechs schweren Maschinengewehren fest. Beim Rückzug wurde die Patrouille von einem verfolgenden Panzerzug mit Artillerie beschossen. Ein Jagdkommando drang bis Kurawjowo vor und stürzte den Ort. Der Feind verlor 12 Tote, der Rest entkam. Das bolschewistische Geschütz wurde aufgehoben, die Verhafteten wurden befreit. Bei Scheridna selbstgestrichenes Artilleriegeschütz. Der Feind greift seit 6 Uhr früh Soldaten mit Hackenkräften (300-400 Mann und 4 Geschützen) an. Der noch im Gange befindliche Kampf ist schwer. Eigene Verstärkungen sind im Anmarsch. In Ribon trafen heute ein englischer Kreuzer (Admiralsschiff) und zwei Torpedoboote ein. Sie ankern im Vorkafen.

Die Lage bei Thorn.

Thorn, 1. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Nacht ist ruhig verlaufen. Die thornier Grenzschutztruppen haben sich mit ihren Maschinengewehren auf Neufeld zurückgezogen. Bei einem Einbruch in das Bahnhofsgebäude wurden des Infanteriekommandos Nr. 14 in Bromberg wurden 3000 R. geraubt. Als Löter wurden bisher drei Soldaten verhaftet. Es konnten ihnen noch 23 000 R. abgenommen werden.

Nein in den Gedanken aus: Der Mensch ist nur ein Stückchen Phantasie; das Verhältnis von Mensch und Welt ist eigentlich ein Nichts. Das sei ein Gedanke, abstrakt, abstrakt, abstrakt, abstrakt. Und dann kamte Gertrud Eysoldt übermalt die Höre ein. Mit der Schwalt inneren Mitleids, das ihr Anlieh in wechselnder Erregung überglühete, ihre Stimme sechsig aufleuchtete, anspruchsvoll, mitgerissen, beherrschend. Die Dichtung selber lebte. Ein harter Künstlermensch lebte ihre Nacht.

Drei Stücke aus der „Hölle“ sang Gertrud Eysoldt vor. Eine Szene von zwei Frauen, die in glühendem Mitleidswissen zu höchstem Leben bereit ineinander schmelzen, als ein Mysterium und Symbol des Lebens gefast. Dann eine Szene, wo zwei Aergern, einem alten und einem jungen, die um die Begriffe Patriotismus, Menschheit, Vernunftrecht ringen. Von einem sterbenden Krieger wird gesprochen, dessen Antlitz so gemalt, dessen Sprache so geküßt ist, daß kein Zeichen mehr verbleibt, welches Land ihn geboren hat. Der Streik der beiden Bezüge haßt und in das hartnäckig herausdringende Wort: Das Vernunftrecht steigt! Der Mensch ist untauglich an den Menschen angeschlossen als an seine Landesgenossen! Und endlich sprach Gertrud Eysoldt die Schlusblätter des Werkes, die ein ringendes Fragen und Fragen sind, ein Fragen nach der Wahrheit, ein Fragen zuletzt nach dem erlösenden Wort. Was Hochdorf andeutete, wurde zum Ausklang der Stunde. Dieses Wort „es erschafft aus Verneinung und Lästigung geschaffen und ist doch geschaffen aus Wirklichkeitsgewalt und aus gotterweckter Gewalt: Nichts!“

Dieses Schlusergebnis des Furchtbaren, das unsere Menschheit erlebt hat, ist also alles andere als etwa ein hinfallendes Weltverzicht. Es will ein Abfinden mit der Wirklichkeit sein, das sich in harter Begierden aufrichtet als ein neues Erkennen dessen, was ist. Zahlrelanges Grausen menschenmörderischen Selbstverleugers hat und ein neues Maß der Dinge aufzuzwingen. Wir stehen im qualvollsten Chaos der Welt. Furchtbar sind uns die Augen geöffnet. Aber dieses offene Schauen muß uns zum rettenden neuen Weltbewusstsein werden.

Notizen.

— Vortrag. Sanitätsrat Dr. Magnus Dirschfeld hält am Sonnabend 8 Uhr in der „Arbeiterhochschule“ einen Lichtbildvortrag über „Neuere Fortschritte aus dem Geschlechtsleben des Menschen“. Aula Ribnerwallstr. 12.

— Ein neuer Bühnen-Strindberg. Die Dramen Strindbergs werden jetzt, soweit sie nicht urheberrechtlich noch geschützt sind, in neuer Bearbeitung, die der Uebersetzer Anst. Kaufmann und Peter Engel, Heinrich Goebel, mit Unterstützung namhafter Dichter besorgt, bei Oesterheld u. Co., Berlin W. 15, erscheinen.

Dichtung des Weltgewissens.

Gertrud Eysoldt liest Barbusse und Andrejeff.

Barbusse und abermals Barbusse! Dieser Name, geprägt von den Millionen und aber Millionen Kettenkämpfern Europas, ist ein lautes Zeichen geworden. Wie viele aber, die ihn hörten und in der Erinnerung behielten, wie viele mögen schon seinen wahren Inhalt wissen? Barbusse ist der Mensch, in dessen Arbeit alle Anklage gegen den Krieg zur großen, donnernden Einheit wurde. Doch das ist nur das eine. Denn er beginnt sich anzuschließen als einer, von dem wiederum aufstrebende Kraft ausgeht. Wir müssen uns wiedergewinnen, jeder sich selbst, aber jeder auch alle. Ueber den ungeheuren furchtbaren Gräbern von Freund und Feind mahnt gegen Wüsterheit eine neue Einheit von Mensch und Mensch wachsen und hervorgehen muß sie aus einem neuen Verhältnis des Menschen zur Welt. Was da war, ist in allen Steinen seiner Fundamente erschüttert worden. Die Steine des Baues sind so genauvoll auseinandergerissen worden, daß sich das Gewese nicht wieder anordnen läßt. Die Schönheit, die da war, der Glaube, der da stützte und antwortete, alles liegt in Trümmern als ein Nichts. Aus diesem Nichts müssen wir als aus einem apokalyptischen Anknüpfung, der unser Dasein körperlich und geistig beherrscht, zu neuen festen Werten und hinauswachsen. Mit dem furchtbaren lauten Krieg auf den Schallern.

Das gestern Gertrud Eysoldt und Max Hochdorf im Strahnsaal der Berliner Session unternahmen, war eine Arbeit von höchstem Ernst. Es war das Wichtigste, was in den Vortragsstunden Berlin seit Ausbruch der Revolution versucht wurde. Schon mehren sich die Zeichen, daß die Sprecher der Dichtung das Gebot der Zeit fühlen und befolgen wollen, menschlich Großes, was Dichtergeist in Worten ausgesagt hat, zur Stimme unserer Zeit werden zu lassen. Kein Zeichen aber ging so klar auf wie das gestern gegebene: „Dichtung des Weltgewissens!“ Ein mächtiges Mahnen, daß auf neuem Boden das durch Wort und Schreien Gewachte sich in Menschlichkeit wieder zur Einheit zusammenfassen! In Menschlichkeit, die auf einem willensstarken Begreifen dessen, was gemeinsames Menschenschicksal ist, ruht!

Von einem Eudien des einenden Allgemeinen sprach Max Hochdorf, von einem Hoffen, es zu finden. Während des Krieges ist dies Eudien und Hoffen unabhängig von einander in den verschiedensten Ländern hervorgebrochen. Den Russen Andrejeff, den Deutschen Konrad Kraus, den Engländer Wells, den Franzosen Barbusse nannte Hochdorf, und er machte die Anfänge in jenen apokalyptischen träumenden Zeiten des 19. Jahrhunderts, dessen Ideen dem geistlich zusammenfassende in seinem „Katakomben vom ewigen Frieden“. Dies ist die eigentliche Signelle des Neuen, das in der

Menschheit werden muß. Und nun hat sich während des Krieges der Geist dieses Neuen groß erhoben in der Schat jener Dichter, die in der europäischen Wälder des Zürcher Nocher-Verlages als eine Einheit auftraten. Während des Krieges jenseits der Schweizer Grenze durch die Jenseit niedergebunden, nun aber freilich was ein als färdamerisch hochgestimmter Zukunftsglaube dichterisch aus bestem Dergen aufsteigt, arbeitet heute mit jähollensfürgenden Spatenhöhen. Qualvoll ringende Bedränge des ewigen Weltgewissens hallen auf. Gertrud Eysoldt hat gestern zuerst ein Bekannntes Leonid Andrejeffs. Sie kämpfte es erschütternd heraus. Ein Erlebnis aus einem Walde bei Wikis. Eine Gruppe erschlagener Menschen. Drei Frauen nach, an den Füßen aufgehängt. Im Strafe ein einjähriges Kind, das die Händchen nach der Mutter hinreißt, und die Mutter, noch lebend, streckt ihm die Hände entgegen. „Doch konnten sie sich gegenseitig nicht erretten!“ und dann die Frage: „Wer hindert dies? Wen sollen wir verlassen?“ Die Frage kammert sich mit Fragen an Herz und Hirn, bohrt sich ein, ist nicht mehr abzuschütteln. Eine durchwühlende Pein ohne Gleichen. Immer wieder in Tag und Traum das furchtbare Wort: „Doch konnten sie sich gegenseitig nicht erretten!“ und das aufsteigende, westende: Warum? Solitried Neleers herrliche Strophen „Frühlingsglaube“ (Ne waren während des Krieges immer wieder in unsern Arbeiterblättern zu lesen) führten über den gramvollen Dann des Andrejeffschen Erlebnisfles hinaus. Und dann ein im Willen zur Weltmeinung wie eine hochgehende Woge den Erdball von Volk zu Volk überwanderndes, aufschwellendes, gewaltiges neues Gedicht „Salut au monde“, ein Dichterrambus im Stilmanier im wunderbarer Kraftfülle vorgetragen, aufsteigend zu riesigem Freudenschrei selbstbewußten Begleichens: „Jeder von uns unermesslich! Jeder von uns grenzenlos! Jeder von uns so göttlich als irgendeiner hier!“ Stürmisch grüßten die Hörer die Sprecherin.

Dann sprach Max Hochdorf ein zweitesmal. Diesmal von dem neuen Werke Henri Barbusse, das in deutscher Sprache noch nicht bekannt ist, von dem Werke: „Die Hölle“. Ein armer Proletarier entbeht, daß er aus dem dunklen Raume, der ihn umschließt, durch ein winziges Loch unbewußt in ein Nebengleich schauen kann, und in dem Raum wechseln die Bilder: immer andere Menschen begegnen sich dort, und er sieht bis Menschen bis in die vertraulichen Dinge ihres Lebens hinein. Hochdorf sagte, daß Max Barbusse sei eigentlich zeitlos, deshalb sprach es so stark in unserer Zeit. Ihn reizt der mühsliche Zug des Werkes und sein Aufgeben des Menschlichen der Menschen. Der Krieg hat den Weltoptimismus erloscht. Ueberlebten wir nicht die Bedeutung des Lebens? Als einen Arm der Lebensphilosophie Barbusse lob Hochdorf den Gedanken heraus, daß Trennung im Augenblick der höchsten Gemeinschaft das Los des Menschen sei. Seine Einführung

Der Frauenantrag gegen die Hungerblockade.

15. Sitzung Sonnabend, 1. März 1919, früh 10 Uhr.

Am Regierungstisch: Landberg, Wissell, Erzberger, Dr. Brauh, Dr. H. u. a.

Präsident Hebrich eröffnet die Sitzung nach 10 1/2 Uhr. Der Abg. Merges (Braunschweig) hat das Mandat niedergelegt.

Ein Antrag des Wahlprüfungsausschusses, wonach dieser ermächtigt werden soll, Beweiserhebungen über Wahlprüfungsangelegenheiten unmittelbar durch die Behörden vornehmen zu lassen, wird ohne weitere Erörterung einstimmig angenommen. Es folgt die

Beratung des vom sämtlichen 37 weiblichen Mitglieder der Nationalversammlung am 13. Februar eingebrachten Antrages Frau Kugus u. Gen.:

Die Nationalversammlung stimmt folgender Erklärung der weiblichen Abgeordneten sämtlicher Fraktionen zu:

1. Die deutschen Frauen und Kinder haben durch die völkische wirtschaftliche Abwertung Deutschlands während des Krieges unersagbar gelitten. Sie alle erhoffen, daß mit der Einstellung des Blutvergießens auch dieses furchtbare Kampfmittel nicht weiter zur Anwendung kommen würde. Die Hungerblockade ist jedoch nicht aufgehoben, sie ist verschärft worden. Kranke, Sieche und Greise fallen ihr in wachsender Höhe zum Opfer, und durch das große Sterben der Kinder und der werdenden Mütter wird dem deutschen Volk und damit der ganzen Menschheit ein nicht wieder gut zu machender Schaden zugefügt. Wir fordern deshalb unverzüglich Aufhebung der Hungerblockade.

2. Wir fordern ferner sofortige Zurückführung der deutschen Kriegsgefangenen, die, wie die Gefangenen aller Länder, nur ihre Soldatenpflicht erfüllt haben. Sie selbst haben Schwermut erlitten und ihre Eltern, Frauen und Kinder sind von schwerster Sehnsucht erfüllt. Wir sind der tiefen Überzeugung, die Frauen und Mütter der ganzen Welt empfinden mit uns, daß Menschlichkeit und Gerechtigkeit die Erfüllung dieser Forderungen verlangen.

Frau Kugus (S.):

Die Frauen aus allen Parteien des Hauses haben in gemeinsamem Empfinden ihrem Schmerz über die unerträglich schweren Leiden Ausdruck gegeben, die durch die fortgesetzte Hungerblockade und durch die Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen über unser Volk verhängt worden sind. Die Sprache der Menschlichkeit sollte doch endlich wieder von allen Köpfen verstanden werden; es ist übergenug des Hasses in der Welt. Wir Frauen fordern, daß die Menschlichkeit in ihre alten ewigen Rechte wieder eingesetzt werde. (Lebhafter Beifall auf allen Seiten des Hauses.)

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Präsident Hebrich: Im Namen unserer Kranken, unserer Gefangenen, im Namen des ganzen deutschen Volkes spreche ich den Frauen, die aus allen Parteien gemeinsam diesen Antrag der Nationalversammlung unterbreitet haben, für diese edle Tat den Dank aus. (Wiederholter allseitiger Beifall.)

Zur Verhandlung gelangt hierauf die folgende, von sämtlichen Parteien, mit Ausnahme der U. S. o., eingebrachte Entschädigung:

Die in Artikel 19 des Satzungsentwurfs des Völkerbundes über

die deutschen Kolonien

getroffenen Bestimmungen sind mit den in Punkt 5 des Wilsonprogramms aufgestellten kolonialen Friedensbedingungen nicht in Einklang zu bringen. Die Nationalversammlung legt gegen eine einseitige Änderung dieser Bestimmungen, die von Deutschland und den alliierten als gemeinsame Grundlage für den Frieden angenommen sind, feierlich Verwahrung ein und fordert die Wiedereinsetzung Deutschlands in seine kolonialen Rechte.

Kolonialminister Dr. Bell:

Die heutige Behandlung der für Deutschlands Zukunftsentwicklung bedeutungsvollen kolonialen Fragen bildet in ihrem zeitlichen Zusammenhange einen Willkommensgruß der Heimat an die soeben eingetroffenen Ostafrikaner. Weiter als Wort und Schrift bleiben sie lebende Zeugen für deutsche koloniale Tatkraft und Leistungen.

Unter den 14 Punkten, die der Präsident Wilson in seiner Botschaft vom 8. Januar 1918 aufgestellt hat, beschäftigt sich der fünfte Punkt mit den kolonialen Problemen in folgender Fassung:

„Eine freie, weisheitsvolle und unbedingt unparteiliche Schlichtung aller kolonialen Ansprüche, die auf einer strengen Beobachtung des Grundgesetzes fußt, daß bei der Entscheidung aller solcher Souveränitätsfragen die Interessen der Betroffenen Bevölkerung ein ebenfalls gleiches Gewicht haben müssen wie die völkische Ansprüche der Regierung, deren Rechtstitel bestimmt werden sollen, sollte herbeigeführt werden.“

Für die Verwirklichung der kolonialen Friedensprobleme ist aus der Botschaft des Präsidenten Wilson vom 8. Januar 1918 außerdem folgender Satz bedeutungsvoll:

„Wir wünschen ihm (Deutschland) einen gleichberechtigten Platz unter den Völkern der Welt.“

Weiter enthält die Botschaft des Präsidenten Wilson vom 11. Februar 1918 folgenden Satz: „Was ich meine, ist lediglich, daß diese Probleme (d. h. die 14 Punkte) jedes für sich und insgesamt die ganze Welt angehen und daß, wenn sie nicht im Geiste selbstloser und unbefangener Gerechtigkeit gelöst werden im Hinblick auf die Wünsche natürlicher Zusammengehörigkeit und völkischer Ansprüche sowie auf die Sicherheit und den geistigen Frieden der betroffenen Völker, kein dauernder Friede erreicht werden kann.“

Die nämliche Botschaft enthält den lapidaren und jede Mißdeutung ausschließenden Satz: „Es soll weder Annexionen noch Entschädigungen oder kraftvollen Schadenersatz geben.“

Nach Bell sprach Abg. Henke (U. S. o.), dann wurde die vom Reichskolonialministerium empfohlene Resolution gegen die Anwendung des Unabhingigen angenommen. Es folgte die Erledigung des Entwurfs über das Verbot des Agiohandels mit deutschen Banknoten in erster und zweiter Lesung. Hierauf begann die Beratung des Gesetzentwurfs Voegelé-Grober-Bayer, der die Regierung ermächtigt, während der Tagung der Nationalversammlung diejenigen wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen mit gesetzlicher Wirkung anzuordnen, die sich zur Durchführung des Waffenstillstandes notwendig erweisen. Als erster spricht dazu Voegelé (Dem.)

Die neuen bayerischen Minister.

Ein Berliner Mittagsblatt meldet folgende Ministerliste: Staatsium und Inneres: Segitz; Handel, Gewerbe und Industrie (neu gebildet): Simon (Führer der Unabhängigen in der Nationalversammlung); Finanzen: Jaffé; Soziales: Unterkirchner; Verkehrswesen: Frauendorfer; Landwirtschaft (neu): Dix; Ansehen; Kultus: Nitzsch; Ministerium für militärische Angelegenheiten: Schnepfenhort; Justiz: Enders-Würzburg. Ministerium des Äußeren wird als Staatssekretariat dem Präsidium unterstellt.

Gewerkschaftsbewegung

Verursachungen der deutschen Beamtenschaft.

Die am 27. Februar in die Stadthalle vom Deutschen Beamtenbunde einberufene außerordentlich stark besuchte Beamtensammlung nahm nachfolgende Entschädigung an:

Über 4000 auf Einladung des Deutschen Beamtenbundes, der Großorganisation der deutschen Beamtenschaft, am 27. Februar in der Stadthalle zu Berlin versammelte Beamte und Lehrer richteten an die Reichsregierung und an die Nationalversammlung die Bitte, die Erfüllung folgender Forderungen herbeizuführen:

1. Das öffentlich-rechtliche Beamtensystem bleibt bestehen und wird in der Verfassung verankert. Die wahlwerbenden Rechte der Beamten und Lehrer (Nebenamtliche Anstellung, Pensionsberechtigung und Hinterbliebenenversorgung) sind unberührt.
2. Die Grundlagen des Beamtensystems sind durch Reichsgesetze neu zu regeln. Durch die in diesem Rahmen etwa zu schaffenden Gesetze der Einzelstaaten dürfen die Staatsbürgerrechte der Beamten keine Einschränkung erfahren. Beamtenschiedliche und gesellschaftliche Beamtenschiedlichkeiten (Beamtenschiedlichkeiten) sind baldmöglichst zu schaffen. Das Disziplinarrecht der Beamten bedarf dringender Neuordnung unter Berücksichtigung zeitgemäßer Rechtsgrundsätze.
3. Die Beamtensicherung ist so umzugestalten, daß die Höhe der Gehälter und Pensionen in Anbetracht der steigenden Lebensverhältnisse den Beamten mit Familie ein auskömmliches Dasein sichert.

Tarifbewegung der Steinarbeiter.

Der Tarif der Steinarbeiter Berlins ist gekündigt und läuft am 31. März ab. Für den Abschluß eines neuen Tarifs hat die Verhandlung eine Vorlage ausgearbeitet, die dem Arbeitgeberverband eingereicht werden soll. Mit Rücksicht darauf, daß in der Grabsteinbranche während des Krieges die Akkordarbeit vorherrschend geworden ist, wird für alle drei Branchen (Sandstein,

Ein Aufruf an die Berliner Bevölkerung.

Die in unermindelter Stärke anhaltende Agitation in den Groß-Berliner Betrieben, die die Arbeiterschaft zum Generalstreik drängen und in Massen auf die Straße schicken will, wird der Kommandantur mit Rücksicht auf etwa befürchtete Zusammenstöße Veranlassung geben, in letzter Stunde folgenden Appell an die Besonnenheit der Berliner Bevölkerung zu richten, der an allen Straßenecken und Litzschäulen angebracht werden soll:

Berliner!

Von unverantwortlicher Seite werden die Arbeiter und Arbeitslosen aufgefordert, in Massen auf die Straße zu gehen.

Wir bitten dringend alle besonnenen Arbeiter und Bürger Berlins, diesen Aufforderungen nicht nachzugeben und gleichzeitig auf die eingewirkten, die die Straße zum Tumultplatz ihrer politischen Meinung und Leidenschaft machen wollen.

Die Straßen und Plätze müssen freigeschlossen werden! Die Maßnahmen der Regierung, die getroffen werden, richten sich nicht gegen Arbeiter und Bürger Berlins, sondern nur gegen die Elemente, welche als Räuber, Plünderer und Diebe eventuelle Ansammlungen in den Straßen für ihre unantwärtigen Zwecke denken.

Arbeiter! Bürger! Seht mit, daß dem sichtbaren Gefährdungs nicht wieder Gelegenheit zum Plündern, Rauben und Stehlen gegeben wird!

Ihr selbst seid am meisten darunter!

Der Kommandantur: Der Kommandant: Kugus, Engel, Hellmeyer. Krawunde.

Warmer, Grabstein) die allgemeine Durchführung der Lohnarbeit und die Festsetzung eines Mindestlohnes gefordert. Von den übrigen Forderungen sind die wichtigsten: Einbeziehung der Hilfsarbeiter, der Frauen, der Jugendlichen und der Rekruten in das Tarifverhältnis. Schlußtermin: Sonnabend 1. März die Arbeitsschicht zwei Stunden früher und vor den hohen Festen einschließlich Neujahr um 12 Uhr mittags ohne Lohnzahlung. Die wöchentliche Arbeitszeit darf einschließlich einzelner Überstunden, die mit 50 Prozent Aufschlag zu vergüten sind, 48 Stunden nicht überschreiten. Zulage bei Landarbeit täglich 8 M. Bezahlung der durch Regenwetter verursachten Pertezeit. Ausschaltung der Zwischenunternehmer durch tarifliches Verbot dergestalt, daß Arbeitgeber keine Arbeit an Zwischenmeister vergeben und Arbeiter bei Zwischenmeistern nicht in Arbeit treten. — Die bisherigen Löhne sollen im allgemeinen um 30 Prozent erhöht werden und zwar sollen die Stundenlöhne betragen für Steinmetzen 2,80 M., für Schleifer, Fräser, Dreher 2,65 M., für Anfänger in der Schleiferei 1,70 M., nach einem halben Jahr 2 M., nach einem Jahr 2,25 M., für Frauen in derselben Abmessung 1,50, 1,75, 2 M., ebenso für Jugendliche 1, 1,50, 2 M. Das Kostgeld der Lehrlinge soll betragen im ersten Jahre 21 M., im zweiten Jahre 21,50 M., im dritten Jahre 22 M. wöchentlich.

Zwei am Freitag abgehaltenen Versammlungen der Steinarbeiter stimmten den Tarifforderungen zu und beauftragten ihre Vertretung, mit dem Arbeitgeberverband darüber zu verhandeln.

Industrie und Handel.

Die Börse eröffnete heute trotz der aus dem Reich vorliegenden politischen Nachrichten in verhältnismäßig fester Haltung. Schiffahrtswerten gab anfangs leicht nach, erholten sich aber im weiteren Verlauf. An Montan- und Rüstungswerten machten sich bei den Wertpapieren, die in laufenden Kursen notiert werden, teilweise leichte Kursrückgänge geltend. So lagen anfangs Rhein Stahl etwa um 4 Proz. niedriger. Auch in Elektrizitätswerten war die Haltung um ein geringes schwächer. Später gab die Kurse auf dem Montanmarkt ebenfalls nach. Kriegsanleihen blieben unverändert.

Groß-Berlin

Reiseführer der Reichsregierung.

Ein geheimnisvoller Reidentend wurde gestern in der Königin-Augusta-Straße gemacht. Vor dem Hause Nr. 23 landete man aus dem Landwehrkanal ein großes Bündel, das den Rumpf eines erwachsenen Mannes enthielt. Der graue Rumpf wurde noch spät abends nach dem Schauhause gebracht. Es liegt ohne Zweifel ein Verbrechen vor. Die Glieder sind in einer anderen Art als in früheren Fällen bei ähnlichen Funden vom Rumpf getrennt. Während sonst die Knochen in den Gelenken gelöst waren, sind sie jetzt noch durchscheiden des Fleisches glatt durchgehrt worden, sowohl der Halswirbel als auch die Wirbelnerven der Arme und Beine. Nach der Beschaffenheit des Fleisches zu urteilen hat der Rumpf wohl schon sechs Wochen im Wasser gelegen. Er war eingewickelt in die linke Hälfte eines schwarzen Ueberziehers mit Tammeifrage, eine dunkelbraun gestreifte Weste, einen Teil einer Unterhose und einen dunkelblauen gebundenen, mit Blumenzweigen versehenen, Frauenrock. Ueberzieher, Weste und Unterhose hat wahrscheinlich der unbekannte Täter selbst getragen. Die Unterhose trägt den Aufdruck „Planke, garantiert für beste, echte ägyptische Kalko-Jafer.“

pflanzen-Daumwolle. Das Bündel war mit einer Art Waschkleine mehrfach verschleiert.

Für die Bestimmung der Persönlichkeit des Toten hat sich bisher noch kein Anhalt gefunden. Der Rumpf und die Kleidungsstücke wurden dem Erkennungsdienst photographiert. Nach dem Verschleier der fehlenden Aktenstücke werden Nachforschungen angestellt. Der Tote wird etwa 35 bis 45 Jahre alt und etwa 1,75 Meter groß gewesen sein. Er war gut genährt. Familien, die einen Angehörigen oder Vermissten, die einen Mieter oder Schloßbesitzer vermissen und noch keine Anzeige gemacht haben, werden ersucht, sich unverzüglich bei der Kriminalpolizei zu melden.

Lehmziegel für den Wohnungsbau.

Den Ziegeln fehlt Kasse. Um unsere Bauwirtschaft wieder in Gang zu setzen und kein Mittel zur Förderung des Wohnungsbauwesens unterzucht zu lassen, hatte der Staatskommissar für das Wohnungswesen, Scheidt, vor kurzem eine Reihe von Sachverständigen der Tonindustrie sowie Vertreter des Zieglergewerbes zu einer Aussprache eingeladen, in der die übereinstimmende Ansicht der Sachleute dahin ging, daß die Verwendung gebrannter Lehmziegel vorzuziehen ist, der ungedrante Ziegel für den ländlichen Kleinwohnungsbau ein einwandfreies Material darstellt. Auf dem Lande empfiehlt sich daher, in der Nähe der Baustelle, wo geeignete Lehmlager vorhanden sind, die erforderlichen Herstellungsmöglichkeiten einzurichten und solche ungedrante Lehmziegel anzufertigen, die nach vier- bis sechswechentlichen Trocknung an der Luft zum Bauen verwendbar sind und sich auch zum Verputz eignen.

Für 150 000 M. imprägnierte Kunstseide erbrachten Einbrecher in der vergangenen Nacht in der Damenkonfektion von Bildt u. Boll in der Schützenstraße 15/17. Nach dem bisherigen Ergebnis der Ermittlungen haben sie sich in dem Hause einschließen lassen und sind dann nach dem Durchbruch in die Geschäftsräume des zweiten Stocks mit der Beute durch einen Hintertürchen verschwunden. Auf die Wiederbeschaffung des gestohlenen Gutes ist eine Belohnung von 10 Proz. ausgesetzt.

Zu dem geplanten Generalstreik in Spandau wird von den Arbeiterräten mitgeteilt, daß von keiner Seite ein Beschluß vorliegt, den Generalstreik am Mittwoch in Spandau beginnen zu lassen. Vielmehr habe man durch Verhandlungen mit dem Kohlenkommissar eine zureichende Vorratung von Kohle für die Staatswerke erzielt und dadurch möglich gemacht, daß die bisher eingeschränkten Arbeiten in allen Fabriken am Montagmorgen wieder voll aufgenommen werden können.

Im Gegensatz hierzu werden heute die Forderungen der am 27. Februar stattgefundenen Konferenz aller Staatsbetriebe Spandaus, in welcher ein Aktionsausschuß (Streikausschuß) gewählt wurde, veröffentlicht. Diese Forderungen lauten: 1. Schaffung von Einheitslöhnen. 2. Konstitution aller dualistischen Verwaltungen und Einkünfte für die Allgemeinheit. 3. Annullierung der Staats- und anderen öffentlichen Schulden, sowie sämtlicher Kriegsanleihen in Höhe einer vom Zentralrat festzusetzenden Höhe. 4. Einbeziehung aller Banken, Bergwerke, Güten, sowie aller Großbetriebe in Industrie und Handel. 5. Konstitution aller Verwaltungen von einer bestimmten Höhe an. 6. Peseitigung aller Verwaltungen und Gemeinderäte und Übernahme ihrer Funktion durch die A- und S-Räte. 7. Einsetzung von Krieges, die beiden Hohenzollern, Ludendorff, Hindenburg und Erzberger, sowie die Verräter an der Revolution, Ebert, Scheidemann und Noske, abzurufen sind. 8. Wahl von Betriebsräten in allen Betrieben, die im Einbernehmen mit den A-Räten die inneren Angelegenheiten der Betriebe zu ordnen, die Arbeitsverhältnisse zu regeln, die Produktion zu kontrollieren und schließlich die Betriebsleitung zu übernehmen haben. 9. Freilassung der politischen Gefangenen.

Dieser Antrag ist der Vollversammlung der A-Räte Groß-Berlins zur Kenntnis zu bringen und die Großbetriebe Berlins sind durch denselben aufzufordern, sich diesen Forderungen anzuschließen und eventuell gemeinsam in den Generalstreik zu treten.

Ein breiter Straßenraub ist am letzten Tage in Friedenau verübt worden. Als das bei einer Familie am Friedrich-Wilhelm-Platz 6 in Stellung befindliche Fräulein Frida Haupt gegen 1/2 Uhr nachmittags die Straße passierte, traten ihr in der Nähe der Rheinstraße plötzlich zwei Soldaten und eine Frau entgegen. Die beiden Soldaten packten die H. und hielten sie fest, während die Frau von dem jungen Mädchen die Herausgabe der Schuhe verlangte. Die H. leistete in ihrer Angst der Aufforderung auch Folge und erhielt von der Frau ein paar ganz schlechte Schuhe, die sie anziehen mußte, um nicht auf Strümpfen bei dem feuchten Wetter noch Hause gehen zu müssen. Die Räuber entfernten sich dann schleunigst und entkamen auch ungehindert, da die völlig verärgerte Ueberfallene der Schreck nicht um Hilfe zu rufen vermochte.

Das Ergebnis der Neuwahl zum Volksgesetz ist folgendes: Die Liste der Reichssozialisten erhielt 272 Stimmen, die der Unabhängigen 308, die der Demokraten 80 und die der Kommunisten 90 Stimmen. Danach entfallen auf die beiden sozialistischen Parteien je sechs, auf die Demokraten und Kommunisten je zwei Sitze im Volksgesetz. Von den Reichssozialisten sind damit wiedergewählt Paul Reue, Otto Franck, Franz Wülfel, Fritz Wolke, neu gewählt: Edwin Barth und Fritz Kana. Von den Unabhängigen gehören wieder Richard Müller, Baumig und Bedebour dem Volksgesetz an. Die Demokraten entsenden wieder Lehrer Hügel und Oberpostkammer Rother in den Volksgesetz und die Kommunisten Weisheit und Bedo ziehen nun in diese Körperschaft ein.

Wo kommen die Lebensmittel her? Aus dem Abgeordnetenhaus wird uns mitgeteilt, daß dort die Unabhängigen von der Küche die Verfassung für die Mitglieder des in der nächsten Woche dort tagenden Parteitag der U. S. P. Lebensmittel ohne Sorgen verlangen. Als ihnen erklärt wurde, daß die Küchenverwaltung nicht wisse, wo sie das Essen hernehmen sollte, ließen die Unabhängigen mehrere Wagen mit Lebensmitteln aller Art anschauen, die im Abgeordnetenhaus abgeben und verkauft worden sind. Es dürfte immerhin interessant sein, zu erfahren, auf Grund welcher guten Beziehungen sich die Unabhängigen eine solche Menge von Lebensmitteln beschaffen konnten.

Spandau. Die Stadtverordnetenwahlen finden morgen von 9 bis 10 Uhr statt. Alle Genosseninnen und Genossen sowie Parteifreunde fordern wir dringend auf, sich am Wahltag zur Mitarbeit zur Verfügung zu stellen. Das Zentralwahlbureau befindet sich bei Steinweg, Erdmarchstr. 8. Alle diejenigen Parteifreunde, welche zur Mitarbeit noch nicht eingeteilt sind, wollen sich am Sonntag vormittags, 8 Uhr, im Zentralwahlbureau melden. Unsere Liste beginnt mit dem Namen Emil Stahl und wird nur ein Stimmzettel mit diesem Namen bei der Wahl abgegeben, der für alle anderen Kandidaten unserer Partei Gültigkeit hat. Alle Kräfte müssen angepöndelt, besonders muß eifrig Agitation für unsere Liste in allen Betrieben geleitet werden.

Genossen! Seht dafür, daß der reaktionäre Kommunisten eine empfindliche Schlappe bekommt, rückt alle Saumseligen auf, treibt ein für die Wahl der Liste Emil Stahl.

Groß-Berliner Parteinaechrichten.

Landtag. Heute, 1/3 Uhr, in der Festhalle, Dägelstr., Verhandlung aller Wähler und Wählerinnen.

Morgen Gemeindevorstand.

Verantwortlich für Politik: Kurt Hiller, Charlottenburg. Für den äußeren Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neudamm. Für Anzeigen: Erhard Wiede, Berlin. Verlag: Sozialistischer Verlag, 1. u. 2. Berlin, Trud. Post-Druck-Verlagsgesellschaft und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., in Berlin, Lindenstraße 3.

